

imperialistischen Kraft, entwickelt. Fortschrittliche Juristen aller Kontinente wirken darin für das edle Ziel das Recht in den Dienst des Friedens zu stellen und für den gesellschaftlichen Fortschritt, für das Selbstbestimmungsrecht der Völker, gegen Neokolonialismus, Apartheid und Neofaschismus zu kämpfen.

Die internationale Situation, in welcher der XI. Kongreß der Internationalen Vereinigung Demokratischer Juristen Zusammentritt, ist kompliziert und angespannt. Deutlich tritt hervor, daß der Prozeß der Entspannung, der sich zum Wohle der Völker durchsetzte und den Frieden sicherer machte, von den aggressiven Kreisen des Imperialismus durch Konfrontation ernsthaft bedroht wird. Der Beschluß der NATO, neue Mittelstreckenraketen in Europa zu stationieren, die Ausweitung des Wettrüstens, die Politik der politisch-militärischen Erpressung und die Schaffung neuer Spannungsherde bergen schwere Gefahren für den Frieden in sich.

Diese aggressive Politik des Imperialismus verstößt offensichtlich gegen die Charta der Vereinten Nationen, negiert elementare Normen des Völkerrechts und mißachtet eine Vielzahl abgeschlossener Verträge, die in den siebziger Jahren die politische Entspannung untermauerten. Die Deklaration der Staaten des Warschauer Vertrages vom Mai 1980 enthält Vorschläge, die mit ihrer Vernunft, ihrem Realismus und ihrer Konstruktivität eine tragfähige Grundlage für die internationale Verständigung über neue Fortschritte zur friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher sozialer Ordnung sind.

In dieser Situation kommt dem Wort und der Aktion der demokratischen Juristen, die Jahrzehnte für die internationale Sicherheit, die Einhaltung des Völkerrechts in den internationalen Beziehungen, für friedliche Koexistenz und antiimperialistische Solidarität gekämpft haben, großes Gewicht zu. Gemeinsam mit allen progressiven gesellschaftlichen Kräften, davon bin ich überzeugt, wird die Internationale Vereinigung Demokratischer Juristen ihren Beitrag zum Ringen um die Lösung der Lebensfragen unserer Zeit, um Frieden und Abrüstung, verstärken.

Die Deutsche Demokratische Republik wird als sozialistischer Staat auch weiterhin mit ganzer Kraft für den Frieden eintreten.

Ich wünsche Ihnen für Ihre Beratungen und die Initiativen, die Sie im Interesse des Friedens ergreifen werden, vollen Erfolg.

Erich Honecker
Generalsekretär des Zentralkomitees
der Sozialistischen Einheitspartei
Deutschlands und
Vorsitzender des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik

Berlin, den 13. November 1980